

# Kein Darlehen für S-Bahn-Tunnel

## Stadtrat lehnt Kreditforderung des Freistaats für 2. Stammstrecke ab

Die Stadt München wird sich vorerst nicht an der Finanzierung der zweiten S-Bahn-Stammstrecke beteiligen. Wie erwartet, hat der Stadtrat gestern beschlossen, keine 350 Millionen Euro als Darlehen für das Projekt zur Verfügung zu stellen. Die Forderung von Verkehrsminister Martin Zeil (FDP) und der CSU-Fraktion scheiterte an der Regierungsmehrheit im Rathaus. Das letzte Wort ist dennoch nicht gesprochen. OB Christian Ude (SPD) ließ überraschend ein kleines Hintertürchen offen.

Wie berichtet, hatte Ude das Millionen-Darlehen stets abgelehnt. Die S-Bahn sei per Gesetz Aufgabe von Freistaat und Bund. Eine Übernahme der Kosten durch die Kommune sei schlimmstenfalls sogar Veruntreuung von Steuergeldern. In 20 Jahren als Bürgermeister habe er noch keinen solch windigen Versuch erlebt, „glasklare Zuständigkeiten nach dem eigenen Versagen auf andere abzuwälzen“, so Ude.

„Es ist zwar richtig, dass die Finanzierung der Stammstrecke Sache des Bundes und des Landes ist, allerdings wäre es

angebracht, dass alle Beteiligten für dieses wichtige Projekt zusammenarbeiten“, konterte CSU-Planungssprecher Walter Zöllner. Udes Weigerung bedeute das Scheitern des Projekts. Zudem, so stichelt die CSU, sei für ein anderes Projekt durchaus Geld da: den geplanten viergleisigen Ausbau der S 8 zum Flughafen. Die Stadtverwaltung hatte unterschiedliche Varianten prüfen lassen und sich für den Bau eines Tunnels im Bereich Daglfing und Johanneskirchen ausgesprochen. Durch diesen entstünden erhebliche Mehrkosten, von denen die Stadt 490 bis 550 Millionen Euro übernehmen müsste.

Laut Ude werden hier allerdings Äpfel mit Birnen verglichen. Die Tunnellösung sei ein Sonderwunsch der Stadt. Wenn die Gleise unter der Erde verschwinden, entstünde Platz für tausende neue Wohnungen. Für diesen städtebaulichen Vorteil wäre die Stadt bereit, in die Kasse zu greifen.

Doch auch bei der Frage nach einer finanziellen Beteiligung an der Stammstrecke will der OB nicht kategorisch nein

sagen. Es komme, so Ude, auf die Bedingungen an: Erstens verlangt er eine „faire“ Beteiligung der Kommunen in den umliegenden Landkreisen. Es könne nicht sein, dass die Münchner allein zahlen. Zweitens will Ude Klarheit über die Konditionen des Darlehens. Wie hoch wären die Zinsen? Wer bekäme das Geld – der Bund oder die Bahn? Zudem verlangt Ude eine Garantie, dass das Geld auch irgendwann an die Stadt zurückfließt. All diese Fragen habe die Staatsregierung bislang nicht beantworten können.

„Null Cent ist nicht das letzte Wort für alle Zeiten“, betont Ude. Er sei bereit, über die Konditionen eines Darlehens zu verhandeln und das Ergebnis erneut dem Stadtrat vorzutragen. Der OB gibt zu, dass es einen Widerspruch gibt zwischen seiner strikten Weigerung einerseits und seiner Zusage zu neuen Verhandlungen andererseits. Er sei aber kein „Prinzipienreiter“ und stets für pragmatische Lösungen offen. „Unter Umständen wäre ich bereit, diese Kröte zu schlucken.“

THOMAS SCHMIDT